

Die Wärmewende zuverlässig voranbringen:

Appell anlässlich der Regierungsbildung für die 21. Legislaturperiode.

Wir – ein breites Bündnis aus Wirtschafts- und Sozialverbänden sowie Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen – rufen die künftige Bundesregierung dazu auf, die Wärmewende weiter voranzutreiben. Es gilt, den Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudesektor ambitioniert fortzuführen und sozial ausgewogen zu gestalten. Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Handwerk benötigen stabile Rahmenbedingungen für ihre Investitionsentscheidungen.

Das novellierte Gebäude-Energie-Gesetz (GEG), in Kraft seit Januar 2024, weist einen klaren Weg zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung. Es schafft Planungssicherheit für Kommunen und Unternehmen, stärkt Innovation und Wertschöpfung in Wirtschaft und Handwerk und sorgt dafür, dass Heizen bezahlbar bleibt. Durch die breite Nutzung erneuerbarer Energien und Vorgaben zum Verbraucherschutz werden Bürgerinnen und Bürger vor starken Kostensteigerungen geschützt. All dies muss gewährleistet bleiben.

Vertrauen, Bezahlbarkeit und Planungssicherheit sind Grundlage für eine erfolgreiche Wärmewende. Deshalb müssen die Vorgaben für den Einsatz erneuerbarer Energien beim Einbau neuer Heizungen erhalten bleiben und durch eine bedarfsgerechte, sozial gestaffelte Förderung flankiert werden:

- **Das Grundprinzip des sogenannten Heizungsgesetzes (§71 GEG) ist dabei so einfach wie richtig: Neue Heizungen müssen zum überwiegenden Teil mit erneuerbaren Energien betrieben werden.** Neue fossile Pfadeabhängigkeiten müssen beim Einbau jeder neuen Heizung ausgeschlossen und Kostenfallen für Bürgerinnen und Bürger verhindert werden.
- **An den Stichtagen 1.7.2026 für Großstädte und 1.7.2028 für alle anderen Städte und Gemeinden ist festzuhalten. Die Kommunen haben sich auf die Erstellung von Wärmeplänen bis zu diesen Daten eingestellt.** Auch für ihre Investitionsbereitschaft und ihr Gerechtigkeitsempfinden benötigen Bürgerinnen und Bürger frühzeitig Klarheit, dass ab diesem Zeitpunkt der

Einbau rein fossiler Heizungen nur noch in Ausnahmefällen zulässig und mit erheblichen Risiken verbunden ist.

- **Eine erfolgreiche Wärmewende setzt auf soziale Lösungen.** Konkret bedarf es einer bedarfsgerechten, sozial gestaffelten Förderlandschaft, gestärktem Mieterschutz mit verbindlichen Vorgaben zur warmmietenneutralen Modernisierung und bezahlbaren Betriebskosten, sowie der gezielten Unterstützung sozialer Einrichtungen. Voraussetzung für das Gelingen der Wärmewende ist, dass alle Menschen unabhängig von ihrer ökonomischen oder sozialen Situation am ökologischen Fortschritt teilhaben können und Energiearmut gezielt adressiert wird.
- **Erdgas durch Wasserstoff oder Biomethan zu ersetzen, bedeutet vor allem hohe Mehrkosten und technische Risiken, welche nicht zulasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern gehen dürfen.** Daher müssen verbindliche Fahrpläne und rechtssichere Verantwortlichkeiten bei den Versorgungsunternehmen erhalten bleiben.



Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger e.V.
– Gewerkschaft & Fachverband –



Unterzeichnende Verbände:

Baukultur+

Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND)

Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (BAUM)

Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands (eaD)

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW)

Bundesverband Neue Energiewirtschaft (bne)

Bundesverband Wärmepumpe (BWP)

co2online

Deutsche Umwelthilfe (DUH)

Deutscher Energieholz- und Pellet-Verband (DEPV)

Deutscher Naturschutzring (DNR)

Energieberatendenverband GIH

Fachverband Luftdichtheit im Bauwesen

Greenpeace

Klimaschutz im Bundestag

Naturfreunde Deutschlands

Paritätischer Gesamtverband

Sozialverband VdK Deutschland

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

WWF Deutschland

Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger (ZDS)